



Foto: photothek.net

Bundeskanzlerin für Finanzmarktverfassung

Die unionsgeführte Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gemeinsam mit den Ländern binnen weniger Tage ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes auf den Weg gebracht. Sowohl Bundestag als auch Bundesrat stimm-

ten dem Maßnahmenpaket zu. Außerdem unterstützten bereits die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel in Brüssel die Forderung der CDU-Vorsitzenden nach einer neuen, globalen Finanzmarktverfassung.

In ihrer Regierungserklärung warb die Bundeskanz-

INHALT

Ronald Pofalla:
Soziale Marktwirtschaft international etablieren
Seite 4

Annette Schavan:
Auf dem Weg zur Bildungsrepublik
Seite 17

Volker Kauder:
Die Rettungsaktion hilft allen!
Seite 19

lerin im Bundestag für das Gesetzespaket des Kabinetts. „Private Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen müssen weiter ein verlässliches Bankensystem zur Verfügung haben. Die deutsche Wirtschaft darf durch die Finanzmarktkrise nicht dauerhaft geschädigt werden“, sagte die Kanzlerin.

Die Weltwirtschaft habe in den vergangenen Wochen ihre schwerste Bewährungsprobe seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts erlebt. Damit eine solche Situation nicht wieder eintrete, hätten die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung unverzüglich und entschlossen gehandelt.

„Es war unsere Pflicht, innerhalb kürzester Zeit ein Maßnahmenpaket in bisher nicht da gewesener Größenordnung auf den Weg zu bringen“, betonte die Kanzlerin. Und es habe sich anschließend gezeigt: „Der Staat war und ist die einzige Instanz, um das Vertrauen

zwischen den Banken wiederherzustellen. Und zwar zum Schutz der Bürger und nicht zum Schutz von Bankinteressen.“

Keine Leistung ohne Gegenleistung

Gegenüber den Banken, die vorübergehend Kapitalhilfen des Staates in Anspruch nehmen, machte die Kanzlerin deutlich: „Diese Hilfen wird es nur geben, wenn die Banken zu ihrer Verantwortung stehen und sich an bestimmte Regeln halten.“ Konkret bedeute das:

- Auflagen zur Begrenzung der Managergehälter und Bonuszahlungen,
- Gewährleistung der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen,
- Teilhabe des Bundes an den Finanzerträgen des Instituts.

„Das heißt mit anderen Worten: Keine Leistung ohne Gegenleistung“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Globale Finanzmarktverfassung

Sie machte in ihrer Regierungserklärung auch deutlich, dass das Hilfspaket nur ein erster, nationaler Schritt für eine neue, globale Finanzmarktverfassung sein könne. Ihm müsse als zweiter Schritt eine Veränderung der internationalen Regeln des Finanzmarktes folgen. „Wir wollen und müssen auch im internationalen Rahmen den Märkten eine klare Ordnung geben und Grenzen setzen, wo es erforderlich ist, um derartige entfesselte Entwicklungen in der Zukunft zu vermeiden“, sagte Merkel. Die Bundesregierung werde sich auf internationaler Ebene mit Nachdruck für eine stärkere Regulierung einsetzen. Konkret forderte die Kanzlerin:

- eine Stärkung der Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Überwachung von Finanzinstanzen,

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. — Printausgabe — Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030 22070-360, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226 802-0, Telefax 02226 802-111. Vertrieb: Telefon 02226 802-0, E-Mail: manfred.wissem@ubgnet.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. Funktions- und Mandatsträger der CDU können den elektronischen UID-Newsletter unter www.uid.cdu.de abonnieren. Die Bezugsgebühren sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

- eine Verbesserung der Arbeit der Rating-Agenturen durch verbindliche Standards,
- mehr Absicherung von Produkten der Finanzwirtschaft durch Risikounterlegung,
- mehr Transparenz bei Produkten der Finanzwirtschaft.

Koordination auf europäischer Ebene

Mit ihrer Forderung nach einem Regelwerk für den Weltfinanzmarkt fand die Kanzlerin Unterstützung auch auf dem EU-Gipfel. Die 27 Staats- und Regierungschefs sprachen sich für einen Weltfinanzgipfel aus, um eine globale Finanzmarktverfassung auszuarbeiten. Der EU-Gipfel habe ein wichtiges Signal der Geschlossenheit gesetzt, zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zufrieden.

Die EU-Mitgliedsländer stimmen sich künftig noch enger ab, die nationalen Notenbankchefs werden sich einmal im Monat treffen. „Damit ist der Weg zu mehr europäischer Aufsicht geebnet“, so die Kanzlerin. Dies sei ein weiteres Instrument der Krisenvorsorge und ebne den Weg für ein

besseres europäisches Auftreten in der Bankenkrise, betonte sie.

Zustimmung in Bundestag und Bundesrat

Nach den Abstimmungen auf europäischer Ebene und nach Gesprächen mit den Ministerpräsidenten stimmten Bundestag und Bundesrat mit überwältigender Mehrheit für das Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Dieses enthält im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

- Der Bund richtet einen Finanzmarktstabilisierungsfonds als Bundessondervermögen ein, über den Hilfen für angeschlagene Finanzinstitute ermöglicht werden sollen.
- Der Bund kann Staatsgarantien für Forderungen gegenüber Banken in Höhe von bis zu 400 Milliarden Euro gewähren. Dies ist eine vertrauensbildende Maßnahme, die den Geldkreislauf unter den Banken wieder in Schwung bringen soll. Die Staatsgarantien können bis Ende 2009 gewährt werden und müssen spätestens 2012 auslaufen; die Banken zahlen dafür eine risikoabhängige Gebühr.

- Der Bund wird darüber hinaus bis zu 80 Milliarden Euro am Kapitalmarkt aufnehmen und durch den Fonds bereitstellen, um sich im Bedarfsfall am Eigenkapital angeschlagener Finanzunternehmen zu beteiligen und um von ihnen risikobehaftete Forderungen zu übernehmen. Der Ankauf solcher Beteiligungen ist bis Ende 2009 befristet.

- Zudem werden bis 2011 die Insolvenzregelungen so verändert, dass krisenbedingte und vorübergehende Engpässe im Unternehmensvermögen nicht zwangsläufig zur Überschuldung und Pleite des Unternehmens führen müssen. Dies soll dazu beitragen, dass Unternehmen weniger schnell in Schieflagen geraten.

MEHR ZUM MASSNAHMENPAKET

Weitere Informationen und aktuelle Materialien zum Maßnahmenpaket der Bundesregierung finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter: www.cdunet.de.

Ronald Pofalla

Soziale Marktwirtschaft international etablieren

Die Soziale Marktwirtschaft steht in diesen Tagen und Wochen vor einer ihrer größten Herausforderungen. Die Frage, welche Lehren aus der internationalen Finanzkrise zu ziehen sind, muss jetzt auf die Tagesordnung. Ich sehe in dieser Grundsatzdebatte, die wir führen müssen, eine große Chance: für das politische System, für die Wirtschaft, für unser Gemeinwesen insgesamt. Dies ist auch eine gesellschaftliche Debatte über Werte. Eine Gesellschaft wird erst dann wirklich lebenswert, wenn es gemeinsame Grundwerte und Regeln des Anstands jenseits von Gesetzen gibt.

Die Krise lehrt uns vor allem dies: Wir müssen mehr Soziale Marktwirtschaft wagen! Sie ist die Ordnung und das Maß der Stunde. Denn die Soziale Marktwirtschaft unterscheidet sich ebenso fundamental vom Sozialismus wie vom unregulierten Kapitalismus. Sie ist der Weg der Mitte. Sie schafft die Balance von Freiheit und Sicher-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

heit. An dieser Balance ist der Sozialismus unwiderruflich gescheitert. Aber auch der regellose Kapitalismus kann sie nicht herstellen.

Der Sozialismus ist ein Bündnis der Schwachen gegen die Starken. An seinem Ende sind alle schwach. Im unregulierten Kapitalismus droht eine rücksichtslose Profitmaximierung einiger weniger auf dem Rücken der Allgemeinheit. Die Soziale Marktwirtschaft ist dagegen das Bündnis von Starken und Schwachen, das aus dem Wissen um die Verantwortung jedes Einzelnen und dem Streben nach gesellschaftlichem Zusammenhalt. Jetzt reflexartig das Kind mit dem Bade auszuschütten wäre falsch. So-

ziale Marktwirtschaft muss auch nach der Finanzmarktkrise heißen: Leistung, Wettbewerb und die Bereitschaft, Risiken zu übernehmen. All dies gehört zum Unternehmertum und ist Voraussetzung auch für einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Aber Soziale Marktwirtschaft heißt eben auch: Ordnung der Märkte, damit diese den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die Finanzmärkte, insbesondere jene in den angelsächsisch geprägten Ländern, waren in diesem Sinne nicht ausreichend geordnet. Deshalb haben sie die heute eng verwobenen Märkte insgesamt an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Ausgerechnet jene, die allein auf den Markt gesetzt haben, haben in der Stunde ihres Versagens nach der Politik gerufen. Die Staaten mussten die Banken retten, um nicht die gesamte Wirtschaft und die Arbeitsplätze von Millionen Arbeitnehmern zu gefährden.

Wer sich verzockt hat, muss für seine Rettung durch die Steuerzahler ei-

nen Preis zahlen. Finanzinstitute, die vom Staat gerettet werden, müssen sich auf dessen massive Mitsprache einstellen. Der Staat wird sich auch mit Fragen der Vorstandsgehälter, Abfindungen und Bonuszahlungen befassen.

Soziale Marktwirtschaft heißt aber auch grundsätzlich Maßhalten: Überproportionale Gehaltssteigerungen, wenn gleichzeitig tausende von Mitarbeitern entlassen werden oder sich mit kleinsten Lohnzuwächsen begnügen müssen, darf es nicht geben. Bonuszahlungen sollten nur in Frage kommen, wenn langfristige Unternehmenserfolge zu verzeichnen sind. Die Wirtschaft muss sich stärker am nachhaltigen Arbeiten des Mittelstandes orientieren.

Die Beachtung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft heißt aber auch: Die weltweite Finanzwirtschaft muss einer strengeren Kontrolle unterworfen werden, so wie die Bundeskanzlerin das von unseren internationalen Partnern immer wieder gefordert hat. Das bedeutet nicht, internationale Finanzinvestoren pauschal zu verurteilen. Wer jetzt die Heuschrecken-Debatte wieder aufleben lassen will, hat die Zeichen der Zeit nicht

verstanden. Dem geht es auch nicht um eine gerechte internationale Ordnung, dem geht es um Polarisierung und Populismus. Das wäre die genau falsche Schlussfolgerung aus den aktuellen dramatischen Entwicklungen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft Investitionen aus dem Ausland.

Heute gilt es vielmehr, die erfolgreiche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch international zu etablieren. Es geht darum, der internationalen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem G-8-Prozess von Heiligendamm hat Angela Merkel den Kurs vorgegeben. Diese Frage geht weit über die Regulierung der Finanzmärkte hinaus. Natürlich brauchen wir neue Bilanzierungsregeln. Eine bessere europäische und internationale Finanzmarktaufsicht ist ebenso erforderlich wie ein neuer Ordnungsrahmen für Ratingagenturen.

Darüber hinaus gilt es zu erreichen, dass insbesondere die global handelnden Unternehmen die Grundsätze der sozialen Verantwortung wahren. Freiwillige Verpflichtungen wie der „Global Compact“ der Vereinten Nationen oder die

Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen müssen gefördert werden. Dazu benötigen wir eine Stärkung internationaler Organisationen. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie soziale und ökologische Mindeststandards bedürfen einer breiteren internationalen Anerkennung.

Zugleich gilt es, den weltweiten Schutz geistigen Eigentums durchzusetzen. Die Welthandelsorganisation muss hierzu akzeptierte Leitlinien und Regeln entwickeln. Nicht zuletzt kann auch der Klimaschutz nur durch international abgestimmtes Verhalten erreicht werden. Entsprechendes gilt für die Verbesserung der Energieeffizienz.

All dies gehört in den Deutschen Bundestag, aber auch auf die Agenda der Europäischen Union sowie der G-8-Staaten. So paradox dies klingen mag: Die internationale Finanzmarktkrise verbessert die Voraussetzung dafür, dass sich die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft weltweit durchsetzen. Wenn uns dies gelingt, mag im Rückblick die gegenwärtige Krise nicht nur als eine Chance, sondern als ein Durchbruch gewertet werden.

Stabilisierung von Finanzmärkten nutzt allen Bürgern

Die weltweite Finanzkrise belastet auch die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems. Deshalb hatten die CDU-geführte Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat letzte Woche innerhalb weniger Tage ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der deutschen Finanzmärkte beschlossen. Am 20. Oktober 2008 hat die Bundesregierung dazu die Bedingungen festgelegt, unter denen Finanzunternehmen konkrete Hilfen des deutschen Staates erhalten können.

Zur finanziellen Unterstützung von Finanzunternehmen wird ein Stabilisierungsfonds als Sondervermögen des Bundes angelegt. Die Deutsche Bundesbank ist mit der Verwaltung beauftragt. Finanzunternehmen, die Hilfe in Anspruch nehmen wollen, können zwischen drei verschiedenen Möglichkeiten wählen:

- Sie nehmen staatliche Garantien durch den Fonds in Anspruch, die aber spätestens Ende Dezember 2012 auslaufen müssen.
- Sie können dem Fonds, in begrenztem Umfang, Anteile und Beteiligungen verkaufen und damit ihr Eigenkapital stärken.
- Sie treten dem Fonds, in begrenztem Umfang, gefährdete Kredite oder Wertpapiere ab.

Im Gegenzug können Unternehmen, die Hilfe beanspruchen, dazu verpflichtet werden,

- keine Bonifikationen und freiwillige Abfindungen an Manager zu zahlen, solange die staatliche Hilfe fließt. Die Vergütung der Manager ist an eine Obergrenze gebunden;
- keine Dividenden an Vorstände, Manager und Aktionäre auszuschütten. An den Fonds dagegen können Dividenden ausgeschüttet werden;
- eine nachhaltige Geschäftspolitik zu betreiben, die unnötige Risiken und kurzfristiges Denken ausschließt;
- ihre Kreditvergabe so auszugestalten, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen genügend Kapital erhalten können.

Die Finanzkrise hat gezeigt: Ungeregelter Kapitalismus funktioniert ebenso wenig wie Sozialismus. Zur Stabilisierung des Finanzsystems musste sofort gehandelt werden. Jetzt gilt es, auch den Märkten im internationalen Rahmen eine klare Ordnung zu geben und Grenzen zu setzen, wo es erforderlich ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist der geeignete Ordnungsrahmen, der Freiheit und Verantwortung zusammenführt.

Die Mitte.

CDU

Perspektiven für den Osten Deutschlands

Angela Merkel: Deutsche Einheit ist Erfolgsgeschichte



Foto: www.bilder.cdu.de

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, im Gespräch mit den CDU-Ministerpräsidenten Dieter Althaus (Thüringen, v. l.), Stanislaw Tillich (Sachsen) und Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt)

19 Jahre nach dem Fall der Mauer hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Deutsche Einheit als „Erfolgsgeschichte“ gewürdigt. Seit der Wiedervereinigung hätten die Menschen in den Neuen Ländern „Unglaubliches geleistet“, betonte Merkel am 10. Oktober vor über Tausend Teilnehmern des Perspektivkongresses der CDU in Dresden.

In technologischen Zukunftsfeldern würden die

Neuen Länder bereits heute Spitzenplätze einnehmen. Die Arbeitslosigkeit sinke. Heute gebe es allein in den Neuen Ländern 500 000 Arbeitslose weniger als noch 2005. Zudem könnten sich die CDU-geführten Länder Sachsen und Thüringen regelmäßig über vordere Plätze bei den PISA-Studien freuen.

Gleichwohl gebe es noch strukturelle Unterschiede. Daher wäre es „falsch, wenn wir heute schon von Chan-

cengleichheit sprechen“, unterstrich die CDU-Vorsitzende. Die unterschiedlichen Ausgangslagen in Ost und West erforderten nach wie vor passgenaue Antworten. Geeignete Instrumente, um die Neuen Länder weiter voranzubringen, seien vor allem die Forschungsförderung und die Fortführung der Investitionszulage.

Die Bundeskanzlerin betonte, die Deutsche Einheit gehöre zu den schönsten

Momenten der deutschen Geschichte. Zur deutschen Geschichte gehöre aber neben vielen anderen Aspekten auch die SED-Diktatur. Die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ließen sich nur ziehen, wenn man über die Vergangenheit Bescheid wisse. Die Geschichte der Deutschen Teilung und der SED-Diktatur müsse deshalb Bestandteil der öffentlichen Debatte in Deutschland werden.



CDU-Vorsitzende Angela Merkel

Neue Länder sollen zu besten Regionen Europas aufschließen

Die CDU-Vorsitzende betonte, dass trotz des bisher Erreichten noch viel zu tun sei. Deshalb forderte sie die Neuen Länder zu weiteren Anstrengungen auf. Sie müssten „zu den besten Regionen“ in Europa gehören wollen. „Das ist der Anspruch, an dem sie sich messen lassen müssen.“



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

Ronald Pofalla: Die CDU will in den Neuen Ländern die Nummer eins sein

In seiner Rede zur Eröffnung des Perspektiv-Kongresses hatte Generalsekretär Ronald Pofalla mehr Respekt für die Lebensleistung der Menschen in den Neuen Ländern verlangt. Dabei betonte er ausdrücklich, „das gilt sowohl für die Zeit vor als auch nach der Wende“. Daneben bekräftigte er den Anspruch der CDU, als einzige Volkspartei der Mitte auch in den Neuen Ländern klar die Nummer eins zu sein. Die CDU sei seit 1945 immer ohne Wenn und Aber für die Einheit Deutschlands eingetreten, während die SPD 1987 dieses Ziel für sich aufgegeben habe. Die Linke habe unter dem Namen SED nach 40 Jahren Diktatur, Unfreiheit und sozialistischer Planwirtschaft erhebliche Erblasten materieller und

immaterieller Art hinterlassen und viele Menschen um die Früchte ihrer Aufbauleistung nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht.

Die Union stehe für Perspektiven und Chancen für Ostdeutschland. Gemeinsames Ziel bleibe es, die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen weiter zu verbessern und die Langzeitarbeitslosigkeit weiter intensiv zu bekämpfen. Hierzu werden die Solidarpaktmittel bis 2019 unverändert zur Verfügung stehen, die Investitionszulage Ost soll über 2009 verlängert werden. Der Vorsprung der Neuen Länder in den technischen Bereichen solle genutzt werden, um den Fachkräftemangel zu beheben. Das Wachstum der Länder Osteuropas biete eine Chance für Ostdeutschland, die es zu nutzen gelte, beispielsweise durch Ausbau eines Transportkorridors von der Ostsee über die Adria zum Schwarzen Meer. Mit Blick auf die kommenden Wahlkämpfe kündigte Pofalla eine harte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei an. „Wir wollen Ehrlichkeit, wo andere demagogisieren! Wir wollen Zukunft, wo andere die Vergangenheit verklären“, sagte er unter dem Beifall der

Kongressteilnehmer. Die Union werde die Linkspartei nicht aus ihrer Verantwortung für das DDR-Regime entlassen.

Die CDU werde den Menschen deutlich machen, dass die Linkspartei nicht eine einzige überzeugende Antwort für die politischen Herausforderungen unserer Zeit habe, sagte der Generalsekretär weiter. Ihre Versprechungen seien nicht zu finanzieren; Einnahmen würden den vorgese-

Der neuen SPD-Führung bescheinigte Pofalla, weder willens noch in der Lage zu sein, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei zu suchen. Stattdessen setze sie ihren „Schlingerkurs“ unter Steinmeier und Müntefering fort. Der Generalsekretär forderte die SPD unmissverständlich auf, endlich zu klären, „wie sie zur Linkspartei und zu möglichen Bündnissen auf Landesebene steht“.

Ragnitz und Multicar Geschäftsführer Walter Botschatzki beim „Zukunftsgespräch Wirtschaft“ vor. „Wir haben optimale Lebensbedingungen in Thüringen: gute Hochschulen, viel Kultur, eine moderne Infrastruktur und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen“, warb Landesvater Althaus für seinen Freistaat.

Walter Botschatzki konnte das aus der Praxis bestätigen: „Früher war das Problem, dass wir zu wenig Arbeitsplätze für Jugendliche hatten. Das hat sich nun völlig geändert: Heute fehlen uns Auszubildende und Fachkräfte.“ Deshalb forderte er eine Stärkung des betriebsnahen dualen Ausbildungssystems. Er begrüßte, dass dies auch im Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands.“ zum Bundesparteitag im Dezember zum Ausdruck komme. Betriebliche Ausbildung müsse wieder Vorrang vor staatlichen Maßnahmen haben, so der Unternehmer.

Der stellvertretende Geschäftsführer des ifo-Instituts für Wirtschaftsfor-



Forum 1, v.l.: Dr. Joachim Ragnitz (stv. Geschäftsführer ifo-Institut), Ministerpräsident Dieter Althaus, Alexandra Gerlach (Moderatorin, Deutschlandfunk), Walter Botschatzki (Geschäftsführer Multicar, Waltershausen)

henen Ausgaben gleich mehrfach gegengerechnet, um den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Überall, wo die Linke Verantwortung getragen habe oder noch trage, gehe es bergab. Das galt für Sachsen-Anhalt oder für Mecklenburg-Vorpommern, und das gilt auch für Berlin.

Forum 1: Zukunftsgespräch Wirtschaft. „Wir müssen stolz auf das Erreichte sein“

Ein wirtschaftlich selbstbewusstes Ostdeutschland stellten Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, der Wissenschaftler Joachim

Bundesländern weiterzuführen und auszubauen. Hierin stecke ein großes Potenzial. Thüringen ist zum Beispiel Nummer eins bei der Entwicklung und Produktion erneuerbarer Energien. Eine Tatsache, auf die Ministerpräsident Dieter Althaus stolz ist: „Wir sind Technologieführer und Spitzen-Cluster in diesem ökologisch und ökonomisch existenziellen Wirtschaftsbereich.“

Die Diskutanten waren sich einig, dass diese Entwicklung nach 18 Jahren Sozialer Marktwirtschaft enorm sei. Walter Botschatzki lobte den Einsatz: „Die Menschen in Ost und West können stolz auf diese Leistung sein.“ Jetzt gehe es darum nach vorn zu blicken und diese Leistungen auch zu vermitteln. Botschatzki befürwortete ein stärkeres Marketing, das Politik und Wirtschaft gemeinsam initiieren und vortreiben müssten. „Viele Unternehmer und Fachkräfte in Westdeutschland kennen unsere Regionen gar nicht“, bestätigte Dieter Althaus das Problem. Andererseits würden noch immer viele in den Neuen Ländern ausgebildete Arbeitskräfte in den Westen abwandern. „18 Jahre Wiedervereinigung wiegen eben

keine 40 Jahre Sehnsucht nach dem Westen auf“, sagte Dieter Althaus. Daran müsse dringend etwas geändert werden. Er forderte, die positiven Entwicklungen stärker in den Vordergrund zu stellen, statt nur die negativen.

Volker ter Meulen, Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher, Leopoldina, in Halle.

Um mehr Spitzenkräfte in den Osten zu bekommen unterstützte Professor ter Meulen das Ziel der CDU, die Bildung von Kom-



Forum 2, v. l.: Freya Klier, Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Alexandra Gerlach (Moderatorin), Prof. Dr. Volker ter Meulen (Präsident der Leopoldina, Halle)

Forum 2: Zukunftsgespräch Kultur und Wissenschaft. Kultur bringt Wissenschaft, Wissenschaft bringt Arbeit

Die Bedeutung von Wissenschaft und Kultur für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Neuen Ländern war zentrales Thema des zweiten Forums. Hierzu diskutierten die Autorin und Regisseurin Freya Klier, Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Landes Sachsen, sowie Professor Dr.

petenzzentren voranzutreiben: „Man braucht mehr als ein oder zwei exzellente Leute, damit Universitäten ein gutes Renommee bekommen.“ Die Hochschulen brauchten neben einem Forschungsrahmen ohne wirtschaftlichen Druck die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gesellschaft vor allem für anwendungsorientierte Forschung und zielgenaue Fachkräfteentwicklung.

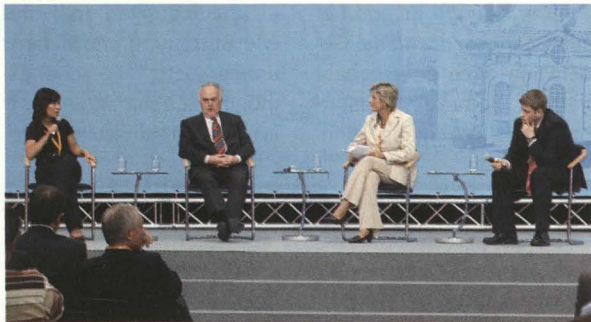
Freya Klier wies darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach negative Informationen über die Neuen Län-

der in vielen Fällen zu einer Entscheidung westdeutscher Jugendlicher gegen einen Studienplatz im Osten führten. Dabei sei die Stimmung in Thüringen und in Sachsen sehr gut, dies komme aber im Westen oft nicht an.

Klier forderte in diesem Zusammenhang auch, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei offensiver geführt werden müsse: „Wir müssen Fehlinformationen zur DDR-Geschichte und der Situation heute berichtigen.“ Für sich selbst habe sie den Satz formuliert: „Du sollst dich erinnern!“ Sonst, so Klier, könne man weder die Gegenwart verstehen, noch die Zukunft richtig gestalten.

Als ermutigend empfinde sie, dass in Gesprächen an Schulen auch seitens der Schüler heute vermehrt Fragen zu den Fehlentwicklungen in der DDR und den Folgen für die aktuelle Situation in den Neuen Ländern diskutiert würden.

Einigkeit herrschte, dass auch die so genannten weichen Standortfaktoren für Investitionen besonders wichtig sind. „Die Menschen müssen sich wohlfühlen; hierzu gehört immer auch ein umfassendes kulturelles Angebot“,



Forum 3, v. l.: Tina Hentschel (Studentin), Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, Alexandra Gerlach (Moderatorin), Christian Reinboth (Jungunternehmer aus Wernigerode)

führte Stanislaw Tillich aus. Kultur- und Tourismusförderung seien daher besonders wichtig, denn Kultur trage dazu bei, Werte zu vermitteln, und die Menschen können aus Kultur Kraft schöpfen.

Sachsens Ministerpräsident Tillich sieht die Neuen Länder auf einem sehr guten Weg: Die Vernetzung der sächsischen Universitäten mit der Wirtschaft von der Forschung über die Entwicklung zur Produktion und in alle gesellschaftlichen Bereiche zahle sich aus. Die Absolventen aus dem Osten fänden durchweg in ganz Deutschland Arbeitsplätze.

Sein Fazit: „Es lohnt sich in Hochschulbildung und Kultur zu investieren, Grundlagen- und Spitzenforschung auszubauen und die Innovationsförderung zu erweitern.“

Forum 3: Zukunftsgespräch Jugend. Vom Blick zurück und neuen Ideen

Über Chancen und Perspektiven für junge Menschen in Ostdeutschland diskutierten die 21-jährige Studentin Tina Hentschel und Christian Reinboth, Jungunternehmer aus Wernigerode, mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer.

„Für mich persönlich gibt es schon gar kein Ost-West-Denken mehr“, sagte Hentschel in ihrem ersten Satz. „Es gibt ja schließlich genauso wenig ein vergleichbares Nord-Süd-Denken.“ Die Auswahl ihres Studienortes Dresden hatte allein mit den Studienbedingungen vor Ort und der Nähe zu ihrer Heimat im südostsächsischen Zittau zu tun.

„Die heutige Jugend hat alle Chancen, die meine Generation auch gern gehabt hätte“, betonte Ministerpräsident Wolfgang Böh-

mer. „Wenn wir erfolgreich sein wollen, kön-

nen wir nicht nur die Modelle aus anderen Ländern kopieren“, unterstrich Wolfgang Böhmer. „Wir können nur durch neue Ideen in allen Bereichen auf uns aufmerksam machen“. Christian Reinboth hat seine Entscheidung, nach Sachsen-Anhalt zu gehen, nach eigener Aussage noch keine Sekunde bereut. Nach dem Studium blieb er seiner neuen Heimat treu und gründete im Jahr 2006 mit Unterstützung seiner Universität die Firma „Harz Optics GmbH“, die sich vor allem mit ihren innovativen Ideen im Bereich der optischen Industrie einen Namen machte.

Ministerpräsident Wolfgang Böhmer appellierte aber auch an die Leistungsbereitschaft der Menschen. Man könne nicht in jeder Lebenslage immer nur nach dem Staat rufen. Aufgabe der Politik sei es von daher, die Menschen zu Leistung und Eigeninitiative zu motivieren, auch wenn man es mit diesem Standpunkt in vielen Diskussionen schwer habe.

Dass insbesondere die Verklärung der DDR völlig falsch sei, machte Tina Hentschel an einem Beispiel deutlich: „Heute gehört ein Auslandssemester in einem Land meiner Wahl selbstverständlich zum Studium. Das wäre doch früher gar nicht möglich gewesen.“ Daher müsse die damalige Lebenssituation der Menschen in der DDR wieder stärker ins Bewusstsein gelangen. Wolfgang Böhmer will hierzu insbesondere Eltern und Lehrer in die Pflicht nehmen: „Wir können doch nicht zulassen, dass sich die Linken mit ihrer nostalgischen DDR-Legende durchsetzen.“ Konkret schlugen die Diskutanten vor, beispielsweise den Besuch von Gedenkstätten in die Lehrpläne aufzunehmen und verstärkt mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen.



Diskussion mit Ambiente: Teilnehmer des Perspektiv-Kongresses vor einem Airbus A330.

mer. Deshalb sei ihm nicht bange um die Zukunft der Neuen Länder. Längst böten diese mit einer Vielzahl von Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen vielversprechende Perspektiven für junge Menschen, so dass die Abwanderung in den Westen kein Naturgesetz mehr sei.

Dass der Weg auch in die andere Richtung führen kann, schilderte Christian Reinboth. Während seiner Schulzeit in Niedersachsen warben die Professoren aus der Harz-Universität Wernigerode persönlich um potenzielle Studenten aus den alten Bundesländern. Ihre Argumente: Attraktive Stu-

Argumentation zum Gesundheitsfonds

Die Lebenserwartung der Menschen steigt, gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren, der medizinische Fortschritt steigt und der Umfang des Leistungskatalogs wird erweitert. An diese Entwicklung muss ein modernes Sozialsystem angepasst werden. Das gilt auch für das Gesundheitssystem.

Deswegen wird mit der Gesundheitsreform das deutsche Gesundheitswesen zukunftsweisend umgestaltet in den Strukturen, in der Organisation, in den Finanzen und im Bereich der Privatversicherung. Alle Maßnahmen haben das Ziel, die Qualität der Versorgung zu verbessern, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen und insgesamt durch Wirtschaftlichkeit, Transparenz, Wettbewerb und Bürokratieabbau die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern.

Mit der Gesundheitsreform haben wir für die Versicherten Folgendes erreicht:

■ **Gute, wohnortnahe medizinische Versorgung**

Die CDU will, dass auch in Zukunft jeder in Deutsch-

land unabhängig von Einkommen, Alter oder gesundheitlichem Risiko eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Dazu brauchen wir mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen, damit die Qualität weiter steigt und die Mittel effizienter eingesetzt werden.

■ **Klarheit für Beitragszahler**

Der Gesundheitsfonds bringt mehr Transparenz in das Gesundheitssystem, weil zum ersten Mal die Einnahmen (Beitragsmittel, Steuermittel, Mittel der Rentenversicherungsträger) und die Ausgaben (Zahlungen für jeden Versicherten in der jeweiligen Krankenkasse) für das Gesamtsystem einander direkt gegenübergestellt werden können.

Der Gesundheitsfonds an sich verteuert die Gesundheitskosten nicht. Er ist eine technische Größe („Verrechnungsstelle“), die keinerlei Einfluss auf den Leistungskatalog der Krankenkassen für ihre Versicherten hat. Ursache für die höheren Betragesätze ist die allgemeine Ausga-

benentwicklung im Gesundheitswesen, beispielsweise durch höhere Arzthonorare, mehr Geld für die Krankenhäuser und für mehr Pflegekräfte sowie steigende Arzneimittelpreise.

■ **Bundesweit einheitlicher Beitragsatz**

Alle Beitragszahler zahlen den gleichen Beitragsatz. Die Bundesregierung hat auf der Basis der Ergebnisse des Schätzerkreises den paritätisch zu finanzierenden Beitragsatz auf 14,6 Prozent festgelegt. Zusätzlich der von den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung allein zu tragenden 0,9 Prozent Beitragspunkte bedeutet das einen Beitragsatz von 15,5 Prozent. Damit wird die Grundlage für eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gelegt.

■ **Finanzmittel aus dem Fonds für die Krankenkassen**

Aus dem Fonds erhalten die Krankenkassen Finanzmittel zur Deckung ihrer Ausgaben. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um eine Grundpauschale je Versichertem sowie Zuschläge zum Ausgleich der unterschiedlichen Risiko-

strukturen der Versicherten. Hierbei wird die unterschiedliche Versicherten- und Krankheitsstruktur berücksichtigt. Krankenkassen mit älteren und kränkeren Versicherten erhalten mehr Mittel als Krankenkassen mit einer Vielzahl an jungen und gesunden Versicherten.

■ Zu- und Abschläge

Die Krankenkassen arbeiten unterschiedlich wirtschaftlich schon heute und auch in Zukunft. Der Unterschied ist: Sie haben in Zukunft die Möglichkeit, ihren Versicherten etwas zurückzahlen oder müssen, wenn sie mit dem Durchschnittsbeitrag nicht auskommen, einen Zuschlag zum Durchschnittsbeitrag erheben. Dieser darf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens nicht übersteigen. Zusatzbeiträge in einer Höhe von bis zu 8 Euro können ohne Einkommensprüfung erhoben werden. Wird ein Zusatzbeitrag erforderlich, muss die Krankenkasse ihre Mitglieder auf die Möglichkeit eines Kassenwechsels hinweisen. Dann kann das Mitglied zu einer günstigeren Kasse wechseln. Das heißt, der Wettbewerb zwischen den Kassen wird in Zukunft für den Versicherten transparenter.

■ Bündelung der Beiträge

Die Beiträge werden wie bisher abhängig vom beitragspflichtigen Einkommen berechnet. Der Gesundheitsfonds bündelt künftig die Beiträge der Arbeitgeber, der Rentenversicherungsträger und der Mitglieder der Krankenkassen. In den Fonds fließen ab 2009 auch die anwachsenden Zuschüsse des Bundes aus Steuermitteln. Der Bund leistet zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für das Jahr 2009 4,5 Milliarden Euro. Die Leistungen des Bundes erhöhen sich in den Folgejahren um jährlich 1,5 Milliarden Euro bis zu einer Gesamtsumme von 14 Milliarden Euro.

■ Beteiligung der Arbeitgeber und der Rentenversicherung

Die Arbeitgeber und Rentenversicherungsträger beteiligen sich auch weiterhin an den Gesundheitskosten. Deren Anteil beträgt die Hälfte des paritätischen Beitragssatzes. Die Verteilung der Beitragslast zwischen Arbeitgeber/Rentenversicherungsträger und Arbeitnehmer/Rentner entspricht damit der heutigen Relation. Dieser Anteil ist in Zukunft gleich, unabhängig davon, in welcher Krankenkasse man versichert ist. Das verringert die Bürokratie spürbar.

■ Stärkung des Wettbewerbs

Bisher gibt es nur Wettbewerb um die Höhe des Beitragssatzes. Die faire Verteilung der Beitragseinnahmen schafft künftig mehr Wettbewerb um die beste Qualität der Angebote, den besten Service, um die beste Betreuung, um die beste Versorgung der Versicherten. Die Versicherten können besser zwischen den Angeboten, den Leistungen und der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Kassen vergleichen. Die Krankenkassen müssen nun wesentlich stärker als bisher wettbewerbsorientiert arbeiten und den Wünschen der Versicherten entsprechend unterschiedliche Leistungen zu unterschiedlichen Tarifen anbieten. Die Krankenkassen müssen über die Produkte also über ihre Leistungen konkurrieren.

MEHR ZUM GESUNDHEITSFONDS

Weitere Informationen zum Gesundheitsfonds finden Sie im Mitglieder-Netz der CDU Deutschlands unter:

www.cdunet.de

CDU fördert Aufstieg durch Bildung

Bildungskongress

1. Oktober 2008
Konrad-Adenauer-Haus,
Berlin



Bundesministerin für Bildung und Forschung und Stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Dr. Annette Schavan

Auf dem Kongress „Aufstieg durch Bildung – Wege in die Bildungsrepublik“ der CDU Deutschlands hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan eine positive Bilanz der eingeleiteten Bildungsreformen in Deutschland gezogen: 2008 wird es so viele Ausbildungsplätze wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr geben, sagte sie in Berlin.

Die Bildungsministerin forderte weiter, die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher innerhalb der nächsten fünf Jahre zu halbieren. Um die Ausbildungsreife der Schüler zu verbessern, sollten

vor dem Schulabschluss vorhandene Kompetenzen überprüft und gegebenenfalls durch gezielte Förderung verbessert werden. Auch die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung sollen nach dem Willen der Bildungsministerin durchlässiger werden.

Mit Blick auf den hohen Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund müssten die Schulen Teilhabe und Aufstiegschancen tatsächlich allen ermöglichen, so Ministerin Schavan. Deutschland könne es sich nicht leisten, auf Talente zu verzichten. Deshalb

benötigten Schulen an sozialen Brennpunkten besondere Aufmerksamkeit. Weiter sei es wichtig, Kinder mit Defiziten im sprachlichen Bereich rechtzeitig zu fördern, beispielsweise mit Sprachtests und unterrichtsbegleitenden Sprachprogrammen.

Zu Beginn des Kongresses hatte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla Bildung als



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

„Ticket der jungen Generation für beruflichen Einstieg und die Chance für Aufstieg“ bezeichnet. Erst Bildung versetze Menschen in die Lage, „Verantwortung zu übernehmen und solidarisch zu leben“. Weiter verlangten die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts, die zunehmende internationale Verflechtung und der demografische Wandel, dass Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit in Deutschland neu begründet werden müssten. Deshalb ha-



(Bild links) Teilnehmer im ersten Diskussionsforum (v.l.): Prof. Dr. Manfred Prenzel, Professor für Pädagogik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Ulrich Wiethaup, Schulleiter der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Neumünster, Helgard Woltereck, Ehemalige Leiterin einer Hauptschule in Stuttgart-Degerloch, Autorin des Buches „Das vergessene Drittel. Rettet die Hauptschüler!“, Prof. Dr. Richard Merk, Geschäftsführer der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Bielefeld, Barbara Loos, Schulleiterin des Max-Born-Gymnasiums in Germering, Jörg Schwarzerock, Schüler der 13. Klasse des Goethe-Gymnasiums in Berlin-Wilmersdorf, Kurssprecher.

(Bild rechts) Teilnehmer im zweiten Diskussionsforum (v.l.): Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus des Landes Sachsen, Henry Tesch, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Elisabeth Heister-Neumann, Niedersächsische Kultusministerin, Prof. Dr. Wolfgang Stock, Moderator, Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.



be Bundeskanzlerin Angela Merkel den Startschuss für den Aufbruch in die Bildungsrepublik Deutschland gegeben, bekräftigte der CDU-Generalsekretär. „Die Bildungsrepublik ist ein Land, das den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt und offen für neue Ideen ist. Dafür wird sich die CDU weiter einsetzen“, so Ronald Pofalla.

Daneben stärke die Bildungsrepublik den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, weil sowohl die Talente in der Breite als auch in

der Spitze gefördert würden, betonte Brandenburgs Wissenschaftsministerin Johanna Wanka in ihrem Schlusswort. Allen Kindern und Jugendlichen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, sei heute mehr denn je eine Frage der Gerechtigkeit. „Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden“, bekräftigte Johanna Wanka.

MEHR ZUM KONGRESS

- Videos zum Kongress finden unter: www.youtube.de/cdu
- Auf seiner Sitzung am 13. Oktober fasste das Präsidium der CDU Deutschlands den Beschluss „Auf dem Weg zur Bildungsrepublik. Gemeinsam in Deutschland stärken. Den Beschluss finden Sie unter www.cdu.de.

Annette Schavan

Auf dem Weg zur Bildungsrepublik

Deutschland ist auf dem Weg zur Bildungsrepublik. Denn Bildungschancen eröffnen individuelle Lebenschancen für kulturelle Teilhabe, für beruflichen Erfolg sowie für Entwicklung und Innovation in unserem Land. Deshalb hat der Bundesvorstand am 13. Oktober ein Positionspapier zur Bildungspolitik beschlossen. Das Ziel: Gemeinsam Bildung in Deutschland stärken. Wir wollen Bildung für jeden, ein Leben lang. Damit machen wir Aufstieg durch Bildung möglich.

Gute Bildung, mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und neue Aufstiegswege sind wichtiger denn je. Für uns steht daher fest: Je früher Bildung beginnt, desto besser können Talente gefördert und Schwierigkeiten behoben werden.



Annette Schavan, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundesministerin für Bildung und Forschung

ten bestmöglich zu fördern, gilt für uns der Grundsatz „Vielfalt statt Einheit“. Das heißt für uns auch, dass wir die Durchlässigkeit verbessern müssen. Ein einmal eingeschlagener Weg darf nicht in einer Sackgasse enden, sondern muss neue Anschlusswege ermöglichen.

In diesem Prozess wollen wir die frühkindliche Bildung weiter stärken. Dafür müssen wir die Bildungsangebote der Kindertagesstätten verbessern und das letzte Jahr vor der Einschulung kostenlos anbieten. Im Schulsystem setzen wir auf eine durchlässige Gliederung, die Jugendliche gemäß ihren Begabungen fordert und fördert. Deshalb steht für uns ganz klar fest, dass wir den Weg in die Einheits-

schule nicht mitgehen. Darüber hinaus müssen wir die Berufsausbildung besser auf die Bedürfnisse der Auszubildenden abstimmen und mehr junge Menschen nicht nur nach dem Abitur, sondern auch nach einer Ausbildung oder aus dem Berufsleben heraus für ein Studium gewinnen.

Gehen den Weg in die Einheitschule nicht mit

Zur Bildungsrepublik gehört der Ehrgeiz, unser Bildungs- und Wissenschaftssystem zu einem der weltweit besten auszubauen. Dazu brauchen wir einen Qualitätsrahmen und die nötigen Investitionen. Bildungsstandards garantieren nicht nur Vergleichbarkeit, sie machen auch Mobilität besser möglich. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Zukunft und damit in Bildung und Forschung zu investieren. Damit eröffnen wir mehr Menschen individuelle Lebenschancen und machen Deutschland stark für den globalen Innovationswettbewerb.

Vielfalt statt Einheit

Bildung ist kein einmaliges Ereignis, sondern ein fortwährender Prozess, der sich auch im Berufsleben und später fortsetzen muss. Um jeden nach seinen Fähigkeiten

Koalitionsausschuss

Union bleibt Motor in der Großen Koalition

In ihrer Koalitionsausschusssitzung am 5. Oktober 2008 hat die CDU-geführte Bundesregierung mit der Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben und der Stärkung der Familien weitere wichtige Weichen für mehr Wachstum und Arbeit gestellt.

Dabei haben sich CDU und CSU mit ihren Forderungen nach einer Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent durchgesetzt. Die SPD wollte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger stark entlasten. Damit wurde der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung seit dem Regierungswechsel 2005 von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent mehr als halbiert! Die Beschäftigten in Deutschland

werden dadurch um jährlich rund 29 Milliarden Euro entlastet.

Ab Januar 2010 werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitere knapp neun Milliarden Euro sparen, da der Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und die Pflegeversicherung deutlich verbessert wird. Auf eine tragfähige Lösung einigte sich die Koalition beim Gesundheitsfonds. Ab dem 1. Januar 2009 gilt in der gesetzlichen Krankenversicherung ein einheitlicher Beitragssatz von 15,5 Prozent, um ein leistungsstarkes und solidarisches Gesundheitssystem zu erhalten. Damit wurde ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Interessen der Versicherten und den Interessen der

Krankenkassen, die 15,8 Prozent gefordert hatten, gefunden.

Die Koalition hält mit diesen Regelungen die durchschnittliche Beitragssatzhöhe der paritätisch zu finanzierenden Sozialversicherungsabgaben stabil. Die Lohnzusatzkosten bleiben gering, eine wichtige Voraussetzung für weitere neue Arbeitsplätze.

Darüber hinaus hat die CDU-geführte Bundesregierung die Familien weiter gestärkt. Der Kinderfreibetrag wird zum 1. Januar 2009 um rund 200 Euro auf 6.000 Euro erhöht. Gleichzeitig steigt das Kindergeld für die ersten beiden Kinder um zehn Euro, ab dem dritten Kind sogar um 16 Euro pro Monat. Damit wird die Forderung von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen nach einer stärkeren Staffelung des Kindergeldes abhängig von der Anzahl der Kinder umgesetzt.

Diese Weichenstellungen in Richtung Zukunft machen deutlich: Die Union ist und bleibt Garant für Stabilität und Motor der Großen Koalition!

FLUGBLATT



Zu diesem Thema hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Flugblatt der Woche erarbeitet.

Dieses Flugblatt können Sie im Mitgliedernetz der CDU unter www.CDU.net.de im PDF-Format für Ihre Arbeit vor Ort herunterladen.

Volker Kauder

Die Rettungsaktion hilft allen!



Volker Kauder, Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bund hat ein in der deutschen Finanzgeschichte beispielloses Rettungspaket auf den Weg gebracht. Es geht dabei um nicht weniger als um die Rettung unseres marktwirtschaftlichen Systems, um Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand. Es geht um die Verhinderung eines Flächenbrandes. Mit verschiedenen Maßnahmen in Milliardenhöhe, in erster Linie durch Garantien des Bundes, aber in Notfällen auch durch Beteiligungen an angeschlagenen Instituten, sollen Marktteilnehmer das Vertrauen zwischen den Banken zurück gewinnen und die Finanzmärkte in Deutschland stabilisiert werden.

Trotz aller daran laut gewordenen Kritik gibt es im Interesse des Gemeinwohls zur Rettung keine Alternative. Die Schäden für die Allgemeinheit wären im Falle der Untätigkeit der Bundesregierung unabsehbar gewesen. Eines ist aber klar: Die Hilfe gilt Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und zielt nicht auf die Rettung verantwortungslos handelnder Bankmanager. Und diejenigen Banken, die die Hilfe

in Anspruch nehmen, werden das zu unseren Bedingungen tun, zu Bedingungen, die allein dem öffentlichen Interesse verpflichtet sind. Übersteigertes Profitstreben und verantwortungslose Risikobereitschaft dürfen nicht auch noch belohnt werden.

Die Frage, ob und mit welcher Summe der Steuerzahler aus der Bürgerschaft letztlich in Anspruch genommen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand beantworten. Wir haben aber allen Grund anzunehmen, dass die gefundene Lösung den Steuerzahler so wenig wie möglich belastet. Es wird sichergestellt, dass die Vermögen der betroffenen Banken in voller Höhe haften, bevor der Steuerzahler auch nur einen Euro zuschießt.

Und selbst dann muss alles zurückgezahlt werden, bevor die Anteilseigner wieder Dividenden sehen.

Die Auswirkungen der Globalisierung der Finanzmärkte haben nicht nur die Finanzinstitute weltweit kalt erwischt, sie stellen auch den Gesetzgeber vor die Aufgabe, neue Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte zu schaffen. Wir werden es nicht weiter hinnehmen, dass eine lebenswichtige Branche im Interesse kurzfristiger Gewinninteressen Einzelner an den Rand des Ruins getrieben wird. Markttransparenz, weltweite Eigenkapitalstandards und ethisch verantwortliches Handeln jedes einzelnen Marktteilnehmers sind wichtige Punkte zur Lösung der Probleme. In der Krise liegt die Chance insbesondere für uns Europäer, unsere Vorstellungen von Finanzaufsicht und Marktregulierung durchzusetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Vorstöße auf internationaler Ebene in diese Richtung unternommen. Die Ereignisse dürften unsere Verhandlungsposition dramatisch verbessert haben.

Werner Langen

Finanzmarktkrise zeigt europäische Handlungsfähigkeit

Immer neue Hiobsbotschaften gingen in den letzten Wochen um den Globus. Notenbanken und Staaten waren kurzfristig als Krisenmanager gefordert.

Seit Längerem steht fest, dass der internationale Finanzmarkt strengere Regeln und eine starke Aufsicht braucht. Nach einem Jahrzehnt der unregulierten Finanzmarktexpansionen zeigen sich erhebliche Regulierungslücken, überzogene Anreizsysteme und gewaltige Managementprobleme. Regierungen und Notenbanken haben schnell und besonnen reagiert, um Vertrauen zurückzugewinnen und die Liquidität der Märkte zu sichern. Erste Erfolge haben sich schnell eingestellt. Dabei haben die Mitglieder der Euro-Zone auf die Erfahrungen und Gremien der gemeinsamen europäischen Währung zurückgreifen können. Ohne den Euro wäre eine Spekulation gegen einzelne Währungen nicht auszuschließen gewesen.

Die Bundesregierung hat unverzüglich eine politische Garantie für die Sicherheit des bewährten deutschen Ban-



Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

kensystems bzw. für Spareinlagen abgegeben. Forderungen nach einem gemeinsamen europäischen Sicherheitsfonds nach US-Vorbild sind zu Recht abgelehnt worden, da eine einheitliche europäische Finanzmarktgesetzgebung und eine europäische Aufsicht bzw. Koordinierung unter der Führung der unabhängigen europäischen Zentralbank noch nicht vorhanden sind. Seit Jahren fordert das Europäische Parlament die EU-Kommission auf, Vorschläge für eine solche einheitliche europäische Finanzmarktgesetzgebung vorzulegen. Dabei stehen mehr Transparenz, stärkere Eigenkapitalvorschriften, Bilanzierungsstandards, Verbraucherrechte und eine einheitliche Überwachung auf

europäischer Ebene im Vordergrund. Die Finanzmarktberreinigung wird zu einer internationalen Neubewertung der realen Wirtschaftstätigkeit führen. Hier haben Europa insgesamt und vor allem Deutschland gute Karten. Unsere starke industrielle und technologische Basis und unsere nachhaltige Einbindung in die reale Weltwirtschaft werden sich als Stärken erweisen. Nicht der Markt hat versagt, sondern die politischen Vorgaben in den USA und die Rahmenbedingungen waren falsch bzw. unzureichend.

Aufgabe der Politik, auch auf der EU-Ebene, wird es sein, stärker proaktiv tätig zu werden und internationale Rahmenbedingungen zu setzen, die weiterhin Gewinne und Investitionen ermöglichen, aber Finanzmarktaufblähung und Spekulation spürbar vermindern. Der Euro ist dabei gemeinsamer Anker für die notwendige Harmonisierung in Europa und für weltweite Stabilität. In der Hektik der Marktschwankungen hat die Bundesregierung kühlen Kopf bewiesen, die EU-Kommission allerdings Defizite offergelegt.

Die CDU wächst wieder

Die CDU Deutschlands hat im September zum zweiten Mal in Folge einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Botschaft lautet: Die CDU wächst wieder! Seit Juni, als die CDU zum ersten Mal in ihrer Geschichte die SPD bei den Mitgliederzahlen überholt hatte, ist der Abstand gegenüber der SPD auf fast 5000 Mitglieder mehr gestiegen.

„Die Zahlen machen deutlich, dass es bei der Mitgliederwerbung in erster Linie auf überzeugende, zukunftsweisende Politik ankommt“, so CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. Der Versuch der SPD, allein durch Austausch der Führungsmannschaft Zukunftskompetenz zu suggerieren, sei fehlgeschlagen; der „Steinmeier-Müntefering-Effekt“ sei verpufft.

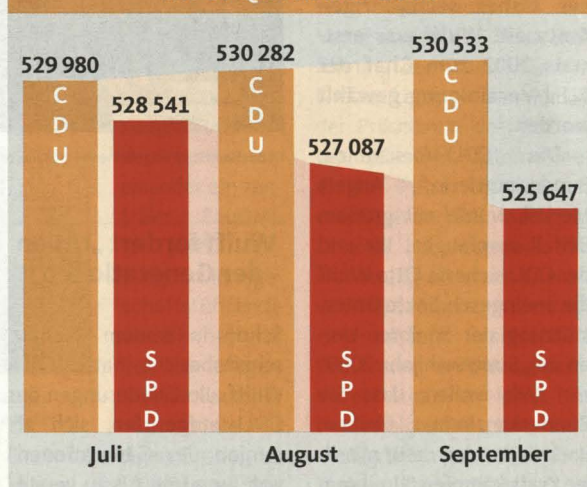
Die CDU wird ihre Mitgliederwerbung in den kommenden Monaten weiter intensivieren.

„Durch die gezielte Ansprache von Frauen konnte deren Anteil bei Neueintritten deutlich gesteigert wer-

den“, so der Generalsekretär. Jetzt werde die CDU diese direkte Ansprache weiter ausweiten.

„Unser Ziel ist es, dass wir spätestens ab 2009 dauerhaft Mitgliederzuwächse erreichen.“

MITGLIEDERZAHLEN CDU – SPD IM 3. QUARTAL 2008



CDU-ARBEITSKREIS HOCHLEISTUNGSSPORT KONSTITUIERT

In Berlin hat sich der Arbeitskreis Hochleistungssport konstituiert. Mit Eberhard Gienger als Vorsitzenden hat die Union eine herausragende Persönlichkeit gewonnen.

Eberhard Gienger war unter anderem mehrfacher Deutscher Meister, Europ-

ameister und dreifacher Welt-Cup-Sieger am Reck. Er sitzt heute im Vorstand der Stiftung Deutsche Sporthilfe, ist Vizepräsident Leistungssport des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und gehört seit 2002 der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages an.

Otto Wulff als Vorsitzender bestätigt

Die Senioren-Union hat auf Ihrem 12. Bundesdelegiertentag in Wiesbaden am 6. Oktober ihren Vorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff mit 97,8 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Wulff, der auch Mitglied des CDU-Bundesvorstands ist, erzielte damit das beste Ergebnis in seiner bisher sechsjährigen Amtszeit. Wulff war erstmals 2002 zum Chef der CDU-Vereinigung gewählt worden.

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurde mit großem Beifall empfangen. Ihr und der CDU sicherte Otto Wulff die uneingeschränkte Unterstützung der Senioren-Union im „Superwahljahr 2009“ zu: „Wir wollen, dass Sie Bundeskanzlerin bleiben, und wir werden dafür mit aller Kraft kämpfen.“ In ihrem Grußwort dankte Angela Merkel der Senioren-Union für ihre engagierte Arbeit. Es müsse deutlich gemacht werden, dass Erfahrung und Wissen der Älteren unverzichtbare Werte in unserer Gesellschaft seien. Jung und Alt könnten voneinander lernen und sich zum beidseitigen Vorteil gegenseitig unterstützen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel gratulierte Otto Wulff zur Wiederwahl

Wulff fordert „Union der Generationen“

Schon in seinem Rechenschaftsbericht hatte Otto Wulff alle Gliederungen der CDU aufgerufen, sich als „Union der Generationen“ von Jung und Alt zu verstehen: „Wir wollen weder eine Altenrepublik noch eine Altenpolitik.“ Die Zukunft Ihrer Kinder und Enkel liege gerade den Senioren besonders am Herzen.

Ziel der diesjährigen Bundesdelegiertenversammlung sei es, die älteren Bürger zu motivieren, sich politisch einzubringen und an den zahlreichen

Wahlen im kommenden Jahr teilzunehmen, so Otto Wulff. Dazu gehörten die Europawahlen im Juni, die Bundestagswahl im September sowie die vier Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, im Saarland und in Brandenburg.

Zudem forderte der alte und neue Vorsitzende der Senioren-Union mehr Mitspracherechte für die Senioren, denn die Älteren würden künftig in Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar. „Die Politik muss mit uns Politik machen. Wir lassen uns nicht auf den Balkon der Gesellschaft nur zum Beobachten setzen“, betonte Otto Wulff.

Frauen an der Spitze – Frauen an die Spitze

Die Frauen Union der CDU lud ein und viele erfolgreiche Frauen kamen. Frauen, die es an die Spitze geschafft haben. 100 Frauen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft versammelten sich im September zur Veranstaltung „Frauen an der Spitze – Frauen an die Spitze“ im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

Die Vorsitzende der Frauen Union, Maria Böhmer, und



Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands

Vernetzung war das Stichwort des Abends: Bei allem Bemühen um mehr Chancengerechtigkeit bleibt der Erfahrungsaustausch der Frauen untereinander ein zentraler Baustein für ihren Aufstieg. Die geschäftsführende Gesellschafterin des Hörverlages, Claudia Baumhöver, startete mit

einem lebendigen Einstieg ins Thema. Sie schilderte ihre reichhaltigen Erfahrungen in der männlich geprägten Verlagswelt des deutschen Buchhandels. Die Verlegerin des Jahres 2007 hat den Hörverlag aufgebaut und das Medium Hörbuch auf dem deutschen Markt etabliert. Sie hat die Chance gesehen und ergriffen, als ihr 1994 das Angebot zum Aufbau des Hörverlages gemacht wurde. Im Gegen-

satz zu zahlreichen Männern, die ein solches Wagnis nicht eingehen wollten. Mutig ist Claudia Baumhöver ihren Weg gegangen, der sie auch als erste Frau in der 200-jährigen Geschichte in den Aufsichtsrat der Brockhaus AG führte.

Anschließend verdeutlichte Claudia Baumhöver in einer Diskussion mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Trumpf GmbH, Nicola Leibinger-Kammüller, der Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen, Petra Ledendecker, und Susanne Klöß, Managing Director bei Accenture, die Notwendigkeit eines intensiven Netzwerkes. Anders sei eine stärkere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen nicht zu erreichen. Neben erfolgreichen Unternehmensgründungen träten auch Töchter immer öfter in die Fußstapfen ihrer Väter. Nicola Leibinger-Kammüller führt als Unternehmensnachfolgerin ihres Vaters die Geschäfte der Trumpf Gruppe.

Später gab es bei einem Abendessen die Gelegenheit, die eigenen persönlichen Erfahrungen einzubringen und Politikerinnen in verantwortlichen Positionen kennen zu lernen.



Diskussionrunde: (v. l.) Claudia Baumhöver, Nicola Leibinger-Kammüller, Christine Eichel, Susanne Klöß und Petra Ledendecker

Schatzmeisterin Ingrid Haasis-Blank freuten sich über die gute Resonanz auf dieses erste Netzwerkerinnentreffen. Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet, die Entscheidungspositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besetzen, dokumentierten: Wir brauchen noch mehr Frauen in Schlüsselpositionen! „Frauen an die Spitze“ – das ist die politische Zielsetzung der Frauen Union.

Immer gut informiert:

„CDU TV“ bietet Blick hinter die Kulissen

Mit „CDU TV“ hat die CDU seit diesem Sommer einen eigenen Kanal beim weltweit beliebtesten Videportal YouTube. Neben vielfältigen politischen Informationen in einem neuen, innovativen Format erhalten Sie aber auch einen Blick hinter die Kulissen. Sie finden „CDU TV“ unter www.youtube.de/cdutv. Wir haben für Sie ein paar Tipps, welche Möglichkeiten Ihnen der CDU-YouTube-Kanal bietet.



Neues Konto/ Anmelden:

Sie können sich auf CDUTV alle Videos anschauen, ohne registriert zu sein. Damit Sie Videos anderer Nutzer bewerten oder kommentieren können oder um Ihre Lieblingskanäle zu abonnieren, können Sie sich bei YouTube in wenigen Schritten anmelden.



In hoher Qualität ansehen:

Die CDU TV-Videos wurden in einer hohen Bildqualität auf-



genommen und haben nahezu TV-Format. Wenn Sie über eine schnelle DSL-Leitung verfügen, klicken Sie einfach auf den Link und sehen Sie die CDU TV-Videos in bester Bildqualität.



Einbetten:

YouTube-Videos kann man in wenigen Schritten auch auf eigene Webseiten einbinden. Im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de steht Ihnen eine Anleitung bereit, wie Sie den YouTube-Player in Ihre Webseite integrieren können.



Bewertungen:

Alle bei YouTube registrierten Mitglieder können Videos mit einem Stern (schlecht) bis

zu maximal fünf Sternen (super) bewerten.



Kommentare:

Was auch immer Sie zu einem Video schreiben möchten: Hier können Sie es tun! Schreiben Sie was Ihnen gefällt oder was nicht und diskutieren Sie mit



Abonnieren:

Damit Sie nicht verpassen, wann das neueste Video auf „CDU TV“ veröffentlicht wurde, können Sie Ihren Lieblingskanal abonnieren. Anschließend erhalten Sie per E-Mail regelmäßig Informationen über die aktuellsten Videos.



Weiterleiten:

Mit dieser Funktion können Sie Ihre Lieblingsvideos ganz einfach per E-Mail an Freunde und Bekannte weiterleiten. Diese können das Video anschließend mit einem Klick anwählen und anschauen.

Wahljahr 2009:

Konrad-Adenauer-Haus – Service-Center für die Verbände



Mit Europawahl, Bundestagswahl, vier Landtagswahlen und diversen Kommunalwahlen wird 2009 ein Jahr, das von allen Mitgliedern der CDU, von unseren Vorstandsmitgliedern, Abgeordneten und Kandidaten viel Einsatz verlangt.

Damit die Wahlkämpfe in den Verbänden reibungslos laufen können und um unsere Kandidaten bestmöglich zu unterstützen, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein umfangreiches Servicepaket in Vorbereitung, das wir auf dem Bundesparteitag im Dezember 2009 in Stuttgart vorstellen werden.

Ab Anfang nächsten Jahres wird es für die Kreisverbände und die Kandidaten wieder ein Wahlkampfhandbuch geben, in dem Tipps und Hinweise zur Strategie und Wahlkampf-führung enthalten sein werden.

Kandidatenservice

Schon seit September steht der Kandidatenservice im Konrad-Adenauer-Haus den nominierten Kandidaten zur Europa- und Bundestagswahl zur Verfügung. Ansprechpartnerin ist Rita Haßdenteufel, die unter der Nummer 030 22070-233 zu

erreichen ist, oder unter der E-Mail: rita.hassdenteufel@cdu.de. Alle relevanten Informationen werden außerdem im Internet bereitgestellt.

Werbelinie und Kandidaten-Werbemittel

Nach dem Bundesparteitag werden basierend auf der aktuellen Werbelinie der CDU Deutschlands, die Gestaltungsrichtlinien zur Europawahl festgelegt.

Sobald die Werbelinie für die Europawahl feststeht, können über den Kandidatenservice wieder personalisierte Werbemittel wie

Prospekte, Plakate, Kleinwerbmittel und Teamausstattungen bestellt werden.

CDU-Shop

Der CDU-Shop wird zum Parteitag vom internen

Netz auf das öffentliche Netz umziehen.

Kleinwerbmittel

Eigens zur Europawahl werden wieder eigene Kleinwerbmittel herausgege-

ben. Die Werbemittel werden ab März 2009 im Online-Shop angeboten. Alle Kandidaten und Verbände werden rechtzeitig vor Erscheinen über die verschiedenen Produkte, Preise und Bestellmodalitäten informiert.

MATERIALEN ZUR LINKSPARTEI

„Wir stellen die Systemfrage!“ – das sagte der Vorsitzende der Linkspartei Lothar Bisky. Ein Ausrutscher war sein Schlachtruf nicht: Das Programm der Linken ist eine Sammlung extremer Positionen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Fakten über die Linkspartei in einer Dokumentations- und Flugblattreihe zusammengetragen. Diese finden Sie in der rechten Spalte auf www.cdu.de

Dokumentationen:

■ „Alte Erblasten und erneuerte Resentiments“

Das Führungspersonal der Linkspartei.

■ „Beschönigen, Verharmlosen, Leugnen“

Wie die Linkspartei mit der eigenen Vergangenheit und begangenen Unrecht umgeht.

■ „Finanzieller Offenbarungseid“

Wie die Linkspartei unser Land in den Ruin treiben will.

■ „Programmatischer Plattenbau“

Die Programmatik der Linkspartei und ihr Verhältnis zum Grundgesetz.

■ „Das Abstiegsmodell“

Eine Bilanz der rot-roten Bündnisse in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

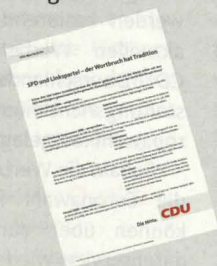
Flugblätter:

■ Die gefährliche Außenpolitik der Linkspartei.

■ SPD und Linkspartei – der Wortbruch hat Tradition.

■ Die traurige Bilanz der rot-roten Bündnisse.

■ Die absurden Forderungen der Linkspartei.



Wissenschaftsförderung

Europäische Humanistische Universität erhält Computer und Bücher vom RCDS

Die CDU Deutschlands und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) unterstützen die Europäische Humanistische Universität (EHU) in Vilnius mit Büchern und Computern, die in Berlin gesammelt und dann nach Litauen geschickt wurden.

Die EHU war ursprünglich im weißrussischen Minsk ansässig, wo ihr im Jahr 2004 trotz internationaler Proteste die Lizenz zur Hochschulbildung entzogen worden war. Daher „un-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla beim Beladen der Lastwagen



Ankunft in Vilnius

terstützen wir tatkräftig die weißrussischen Studenten der EHU in Vilnius, die sich trotz aller Schwierigkeiten für ein freiheitliches, demokratisches Denken und für eine Ausbildung in Frieden einsetzen“, sagte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. In Vilnius wurden die „Bausteine für

die Freiheit“, so der Name der Aktion, am 9. Oktober durch Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, übergeben.

Der RCDS-Vorsitzende Gottfried Ludewig zeigte sich zufrieden. „Wir freuen uns, dass unser Projekt eine so große Unterstützung erfahren hat und die Arbeitsbedingungen für die Studenten der EHU sich weiter verbessern werden. Die EHU ist ein Leuchtturm der Demokratie und verdient weiterhin unsere tatkräftige Hilfe.“

Mitgliederbetreuung

Für besondere Verdienste



1 Urkunden
DIN A4
Preis je 50 Stück: 6,50 €
inkl. MwSt.: 7,74

„25 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0396

„40 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0644

„50 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0071

„60 Jahre CDU-Mitglied“
Bestell-Nummer: 0189

2 Urkunde
Für besondere Verdienste
DIN A4
Bestell-Nummer: 0449
Preis je 50 Stück: 6,50 €
inkl. MwSt.: 7,74 €

Hinweis: Zum Partei-
tag Anfang Dezember
wird es zwei neue
Ehrendadeln in geho-
bener Ausstattung zu
einem höheren Preis
geben: Ehrendadel
60 Jahre und Ehren-
nadel besondere
Verdienste.

3 Ehrendadeln der CDU
Preis je 10 Stück: 9,70 €
inkl. MwSt.: 11,54 €

Ehrendadel Bronze
25-jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: 0233

Ehrendadel Silber
40-jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: 0235

Ehrendadel Gold
50-jährige CDU-Mitgliedschaft
Bestell-Nummer: 0237

Winterausstattung

Die dunkle und kalte Jahreszeit beginnt!



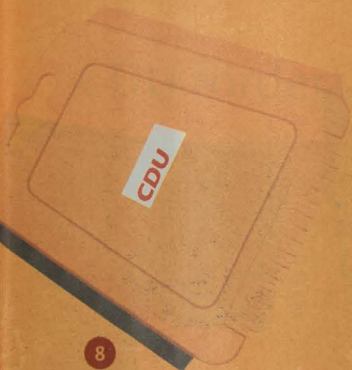
4 Fleeeschal Schwarz „CDU“
180 cm lang und 28 cm breit
Bestell-Nummer: 9337
Preis je Stück: 7,50 Euro
inkl. MwSt.: 8,93 Euro

5 Fleeeschal Orange „CDU“
180 cm lang und 28 cm breit
Bestell-Nummer: 9336
Preis je Stück: 7,50 Euro
inkl. MwSt.: 8,93 Euro

6 Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“
Bestell-Nummer: 9637
Preis je 144 Stück: 28,00 €
inkl. MwSt.: 33,32 €

7 Vitaminbonbons
3g Minibonbon
Bestell-Nummer: 9177
Preis je 1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €
inkl. MwSt.: 8,56 €

Mitte November
wieder lieferbar!



8

8 Eiskratzer
Bestell-Nummer: 9890
Preis je 50 Stück: 38,00 €
inkl. MwSt.: 45,22 €



9

9 Mini-LED-Schlüsselringlampe
Die „Kleine“ mit der großen Wirkung!
Intensive Leuchtkraft und sehr lange
Lebensdauer. Inklusive zwei Lithium-
batterien, auswechselbar.
Bestell-Nummer: 9383
Preis je 20 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 23,80 €



10

10 Reflektoren „Smilie“
Bestell-Nummer: 9558
Preis je 25 Stück: 16,50 €
inkl. MwSt.: 19,64 €

Anfang November
lieferbar!

Attraktive Werbemittel für das Winterhalbjahr!



11

11 Spielkarten Französisches Bild
Bestell-Nummer: 9540
Preis je 50 Stück: 31,00 €
inkl. MwSt.: 36,89 €

12

12 Spielkarten Deutsches Bild
Bestell-Nummer: 9507
Preis je 50 Stück: 31,00 €
inkl. MwSt.: 36,89 €



13

13 CDU-Sekt

Chardonnay brut

Preis je Sektflasche: 5,65 Euro

inkl. MwSt.: 6,72 Euro

Preis je Präsentkarton: 2,20 Euro

inkl. MwSt.: 2,62 Euro

Mindestbestellmenge sechs Flaschen.

Zum Bestellen nutzen Sie bitte den Bestellschein im Mitgliedernetz unter www.cdunet.de, direkt unter dem E-Shop.



14

14 Windlicht-Set „CDU“

6,5 x 9 cm, im Geschenkkarton, bestehend aus einem Innen- und Außenglas, zwei Windlichter im Set, im Streifen- und Krinkel-Design.

Bestell-Nummer: 9333

Preis je Set: 6,00 Euro

inkl. MwSt.: 7,14 Euro



15

15 Hochwertiges Visitenkartenmüppchen

10,2 x 6,7 cm, zwei Steckfächer im Innenteil.

Bestell-Nummer: 9586

Preis je Stück: 5,00 Euro

inkl. MwSt.: 5,95 Euro



16

16 Schreibset

Bestehend aus einem Kugelschreiber und einem Rollerball im Lederetui.

Bestell-Nummer: 9326

Preis je Set: 17,00 Euro

inkl. MwSt.: 20,23 Euro



17

17 Hochwertige Ledergeldbörse

10,5 x 12 cm, mit vielen Kartensteckfächern und Ausweisfach.

Bestell-Nummer: 9584

Preis je Stück: 18,00 Euro

inkl. MwSt.: 21,42 Euro



18

18 USB-Stick

1 GB, mit Logo-Gravur und Geschenkbox.

Bestell-Nummer: 9425

Preis je Stück: 5,00 Euro

inkl. MwSt.: 5,95 Euro



Bestellung per Telefax:
02152 915-25272
Bestellung per E-Mail:
cdu-shop@portica.de

Bestellung per Post:
Portica GmbH · Marketing Support
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35
D-47906 Kempen

Pro Bestellung werden 5,95 Euro (inkl. MwSt.) Versandkosten berechnet. Versandkosten für den Sekt siehe Bestellschein!



22. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS IN STUTT GART

Sonntag
30. November 2008

15:00 Uhr
Tagung
des Präsidiums

16:00 Uhr
Tagung
des Bundesvorstands

18:00 Uhr
Delegiertentreffen
der Vereinigungen

20:00 Uhr
Delegiertentreffen
der Landesverbände

Montag
1. Dezember 2008

08:30 Uhr
Ökumenischer
Gottesdienst
Domkirche St. Eberhard

10:30 Uhr
Erste Plenarsitzung
mit Rede der Vorsitzenden
der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel MdB,
und Wahlen
des Bundesvorstandes

ca. 20:00 Uhr
Ende der Plenarsitzung

anschließend
Baden-Württemberg-
Abend

Dienstag
2. Dezember 2008

09:00 Uhr
Zweite Plenarsitzung